

Jalta

*Positionen zur
jüdischen Gegenwart*

ALLIANZEN

HERAUSGEGEBEN VON

Micha Brumlik / Marina Chernivsky / Max Czollek / Hannah Peaceman
Anna Schapiro / Lea Wohl von Haselberg

AUSGABE N° 03

1/2018 — 2/5778



Inhaltsverzeichnis

1 — א

(NACH) JALTA

- 12 „Ich möchte schon ein
bisschen der Stachel im Fleisch
der nichtjüdischen
Mehrheitsgesellschaft bleiben.“
Ein Interview mit Mirjam Wenzel
Max Czollek/Hannah Peaceman/
Lea Wohl von Haselberg
- 20 **Weibliche geistliche Weisung
im orthodoxen Judentum**
*Befürwortung einer
persönlichen Masora*
Rebecca Blady
- 26 **Pionierin auf schwierigem Gelände**
*Ruth Zeiferts NICHT GANZ KOSCHER –
VATERJUDEN IN DEUTSCHLAND*
Sarah Wohl
- 31 **Jaltas Gefäße**
Heidi Eckstein
- 34 **Jewish Women's Archive**
Ein Archiv für das 21. Jahrhundert
Gail Twersky Reimer

2 — ב

ALLIANZEN

- 40 **Bedingt**
Friederike Pilz
- 42 **Wer redet für wen und mit wem?**
*Oder: Herausforderungen des jüdisch-
muslimischen Dialogs in Deutschland –
eine muslimische Perspektive*
Yasemin Shooman
- 50 **Suad's Stuffed Carrots**
Jalil Dabit
- 52 **„Das Gesetz der Allianz“**
*Interreligiöse Ehen – eine Heraus-
forderung nicht nur im 19. Jahrhundert*
Eva Lezzi
- 59 **Nahostalgie**
Ein neuer Naher Osten aus der Ferne
Lianne Merkur
- 67 **Whats App Golem**
Esther Dischereit
- 74 **Schwarz-jüdische Allianzen
in der Karibik**
Zu Sarah Phillips Casteels CALYPSO JEWS
Micha Brumlik
- 77 **Bilinguale Sätze**
Yasmin Birkandan

3 — א

JUDEN* UND ...

88 Allianzen einer BerlinerIn

Mein Bund mit Berlin – ein Abschied
Jalda Rebling

**95 Zwischen Konkurrenz
und Kooperation**

*Allianzen zwischen Jüdinnen*Juden
sowie Rom*nja und Sint*ezze*
Jasmin Dean

**104 „Ausgangspunkt ist nicht
das Festland, sondern die Reise“**

*Mailkorrespondenz zu Identitäts-
politiken und Emanzipation*
Vincent Bababoutilabo/
Hannah Peaceman

116 „I’m a Jew, fuck you!“

*Jüdische Identität, der Holocaust und
die geheimen Wurzeln des Punks*
Peter Waldmann

122 Eine Adelshochzeit

Micha Brumlik

wem?
jüdisch-
tschland-

aus-
hrhundert

er Ferne

zen

ALYPSO JEWS

ZWISCHEN KONKURRENZ UND KOOPERATION

*Allianzen zwischen Jüdinnen*Juden sowie
Rom*nja und Sint*ezze*

JASMIN DEAN

Zwischen den Geschichten und Erfahrungen von Jüdinnen*Juden sowie Rom*nja und Sint*ezze bestehen nicht nur Unterschiede, sondern auch zahlreiche Verbindungen und Gemeinsamkeiten. Diese zeigen sich besonders offensichtlich in ihrer Verfolgung durch den NS-Staat, worauf nicht zuletzt Angehörige dieser Communities selbst immer wieder hingewiesen haben.¹ Obwohl diese

Ähnlichkeiten kaum zu übersehen sind, wurden sie nach 1945 aus den öffentlichen Diskursen der BRD und der DDR verdrängt. Das hatte vor allem politische Gründe und drückte sich in einem unterschiedlichen Umgang mit diesen beiden Kollektiven im Bereich der Erinnerungspolitik, den Entschädigungspraktiken und der Migrationspolitik aus. Diese staatliche Politik trug auch maßgeblich zur (Vor-)Strukturierung des Verhältnisses zwischen Jüdinnen*Juden sowie Rom*nja und Sint*ezze bei.²

Die Anerkennung der und das Gedenken an die Shoah sowie die Entschädigung der jüdischen Überlebenden waren – aus Sicht der Westalliierten – ein Gradmesser für die Demokratisierung der Bundesrepublik und

¹ So schrieb die Sinteza und Auschwitz-Überlebende Philomena Franz in ihrer Autobiografie über den Tag ihrer Verhaftung durch die SS: „An jenem Tag habe ich mit der Kraft, mit der wenigen Kraft, die mir noch blieb, gespürt, dass mich mit den Juden eine große Solidarität verbindet.“ (Philomena Franz: *Zwischen Liebe und Hass. Ein Zigeunerleben*. Freiburg i. Br.: Herder 1985, S. 54–55.) Auf den jüdischen Philosophen Ernst Tugendhat, der einige Jahre lang Schirmherr der Gesellschaft für bedrohte Völker war, geht die Aussage zurück, dass die beiden Minderheiten „von ihrem Schicksal her [...] Geschwister“ seien. (Vgl. Gesellschaft für bedrohte Völker: 40 Jahre für Menschenrechte und Minderheiten. In: *Gesellschaft für bedrohte Völker Online*. <https://www.gfbv.de/de/informieren/zeitschrift-bedrohte-voelker-pogrom/aeltere-ausgaben/251-bedrohte-voelker-pogrom-40-jahre-fuer-menschenrechte-und-minderheiten/> (Zugriff am 11.10.2017).)

² Dies habe ich andernorts ausführlicher dargestellt. (Vgl. Jihan Jasmin Dean: *Verzwickte Verbindungen. Eine postkoloniale Perspektive auf Bündnispolitik nach 1989 und heute*. In: Meron Mendel/Astrid Messerschmidt (Hrsg.): *Fragiler Konsens. Antisemitismuskritische Bildung in der Migrationsgesellschaft*. Frankfurt am Main: Campus 2017, S. 101–129.)

eine Voraussetzung für die Wiederaufnahme in die Staatengemeinschaft. Demgegenüber gab es über lange Zeit hinweg keine Autorität, die sich für die völkerrechtliche Anerkennung des nationalsozialistischen Genozids an Rom*nja und Sint*ezze (Porajmos) einsetzte. Die bundesdeutschen Behörden verweigerten noch bis in die 1980er Jahre hinein Entschädigungszahlungen an Überlebende mit dem Argument, diese seien nicht „aus rassistischen Gründen“ verfolgt, sondern zur Kriminalprävention in Lagern inhaftiert worden.³ Deshalb hat sich der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma⁴ stets für eine Gleichstellung von Sint*ezze und Rom*nja mit Juden*Jüdinnen eingesetzt, was ihre Entschädigung als NS-Verfolgte und die Anerkennung des Porajmos als Völkermord neben der Shoah betraf.⁵ Zu Beginn der 1990er Jahre bemühte er sich auch um den Einschluss von Sint*ezze und Rom*nja in die Widmung des Holocaust-Mahnmals in Berlin und damit um einen Eintritt in nationale Geschichtsrepräsentationen. Auch jüdische Communities standen der Mahnmal-Initiative, die von einer Gruppe weißer nichtjüdischer Deutscher ausging und als erstes gesamtdeutsches Erinnerungsprojekt von der Regierung aufgegriffen wurde, äußerst skeptisch gegenüber.⁶

3 Vgl. Romani Rose: *Bürgerrechte für Sinti und Roma. Das Buch zum Rassismus in Deutschland*. Heidelberg: Zentralrat Deutscher Sinti und Roma 1987, S. 61. Für den Kontext DDR, auf den hier nicht näher eingegangen werden kann, vgl. Michaela Baetz/Heike Herzog/Oliver v. Mengersen: *Die Rezeption des nationalsozialistischen Völkermords an den Sinti und Roma in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR*. Heidelberg: Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma 2007.

4 Im Folgenden verwende ich die Abkürzung ZR Sinti und Roma. Den Zentralrat der Juden in Deutschland kürze ich mit ZR der Juden ab.

5 Vgl. Rose: *Bürgerrechte für Sinti und Roma*.

6 Vgl. Michael Jeismann (Hrsg.): *Mahnmal Mitte. Eine Kontroverse*. Köln: DuMont 1999.

Jüdinnen*Juden hatten mit dem Mahnmal zwar Zugang zu einer Geschichtsdarstellung, wurden dort aber auf eine ganz bestimmte Art und Weise, nämlich als *das* Kollektiv von ‚Opfern des Holocaust‘, repräsentiert. Dies schloss gleichzeitig andere Wahrnehmungen aus. Viele von ihnen wollten sich darüber hinaus nicht für die Aufrechterhaltung des Narrativs von der ‚geläuterten Nation‘ instrumentalisieren lassen.

Eine ähnliche Entwicklung zeigte sich in der Migrationspolitik: Jüdinnen*Juden aus den GUS-Staaten wurden seit Anfang 1991 als sogenannte Kontingentflüchtlinge aufgenommen, um ihnen Schutz vor dem dort zunehmenden Antisemitismus zu gewähren. Diese Regelung wurde u. a. mit der moralischen Verpflichtung aufgrund der deutschen Vergangenheit begründet.⁷ Dieser Status wurde anderen Zufluchtsuchenden, so auch den aus Osteuropa fliehenden Rom*nja, vorenthalten. Der Roma National Congress (RNC) unter dem Vorsitz von Rudko Kawczynski forderte auch in diesem Bereich ihre Gleichstellung ein.⁸ Als eine Gruppe von Rom*nja im Mai 1993 – nach der Asylrechtseinschränkung und angesichts einer neuen Abschiebewelle – eine Mahnwache vor der polizeilich abgeriegelten Gedenkstätte Neuengamme abhielt, verlangte der RNC in ihrem Namen von der Bundesregierung, den aus den Bürgerkriegsgebieten des ehemaligen Jugoslawiens geflohenen Rom*nja „analog

7 Für eine ausführliche Darstellung vgl. Franziska Becker: *Ankommen in Deutschland. Einwanderungspolitik als biographische Erfahrung im Migrationsprozess russischer Juden*. Berlin: Reimer 2001.

8 Zurzeit vertritt der Bundes Roma Verband e. V. diese Position. (Vgl. Bundes Roma Verband e. V.: *Endlich eine Lösung finden: Bleiberecht für Roma in Deutschland*. In: *Jalta. Positionen zur jüdischen Gegenwart* 2 (2017), S. 139–140.)

der Aufnahme von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion“ ein dauerhaftes Bleiberecht zu gewähren.⁹

In diesem Beitrag frage ich, wie Sint*ezze und Rom*nja sowie jüdische Communities mit der oben skizzierten, durch staatliche Politik erst hervorgebrachten ‚Konkurrenz-situation‘ umgingen. Gemeinhin wird davon ausgegangen, dass sie sich dadurch spalten ließen. Ich behaupte allerdings, dass es auch Gegenbeispiele gibt, und begeben mich an drei verschiedene Orte zu je verschiedenen Zeitpunkten, um dies aufzuzeigen.

1. ANERKENNUNG UND AUFARBEITUNG DES

PORAJMOS Ende der 1970er Jahre begann sich in der BRD eine erste, breite Bürgerrechtsbewegung von Sint*ezze und Rom*nja herauszubilden, aus der schließlich 1982 der ZR Sinti und Roma hervorging.¹⁰ Diese Bewegung, die v. a. von Sinti-Verbänden getragen wurde und welcher der spätere Zentralratsvorsitzende Romani Rose angehörte, machte anfangs durch einige spektakuläre politische Aktionen auf sich aufmerksam. Dabei wurde sie nicht nur durch mehrheitsdeutsche Vereine wie die Gesellschaft für bedrohte Völker, sondern auch von einer Reihe jüdischer Persönlichkeiten unterstützt und solidarisch begleitet, wodurch ihr überhaupt erst Gehör verschafft wurde. Oberstes Ziel war damals die Anerkennung des Porajmos als Völkermord und die Entschädigung der Überlebenden durch die Bundesrepublik. Die erste öffentlichkeitswirksame Aktion dieser Bewegung war eine Gedenkkundgebung am

27. Oktober 1979 im ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen. Dort sprachen u. a. Simone Veil, eine jüdische Überlebende dieses Lagers, die damals gerade ihren Posten als Präsidentin des Europa-Parlaments antrat, sowie Heinz Galinski als Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin.¹¹ Zu Ostern 1980 folgte ein Hungerstreik in der Gedenkstätte Dachau, mit dem gegen die rassistischen Praktiken der ‚Landfahrerzentrale‘ in München protestiert und Aufklärung über den Verbleib der Akten gefordert wurde, die während der NS-Zeit im ‚Rassehygieneinstitut‘ über Sint*ezze und Rom*nja angelegt worden waren.¹²

Eine der wichtigsten jüdischen Persönlichkeiten, die sich solidarisch für die Belange der Rom*nja und Sint*ezze einsetzten, war Simon Wiesenthal vom Wiener Dokumentationszentrum des Bundes jüdischer Verfolgter des Naziregimes. Wiesenthal hielt auf dem dritten Roma-Weltkongress im Mai 1981 in Göttingen eine Rede und erklärte: „Dass die Nazis die totale Vernichtung aller Sinti und Roma und aller Juden vorhatten, wird heute kein ernstzunehmender Historiker mehr leugnen.“¹³ Er setzte auch seine Kontakte und Verbindungen zu Politiker*innen ein, um Aktionen der Bürgerrechtsbewegung zu unterstützen. Als diese im September 1981 das Tübinger Universitätsarchiv besetzte, um die Herausgabe der o. g. NS-Akten zu erstreiten, versuchte Wiesenthal, die Forderung durch seine öffentliche Solidarisierung zu bekräftigen.¹⁴ Darüber hinaus unterstützte er eine Klage des ZR Sinti und Roma gegen Kriminalisierung

⁹ Vgl. Neuengamme für Roma gesperrt (ga). In: *ak-analyse & kritik. Zeitung für linke Debatte und Praxis* 355 (1993), S. 3.

¹⁰ Für eine ausführliche Darstellung dieser Bewegung und ihrer Vorläufer vgl. Rose: *Bürgerrechte für Sinti und Roma*, S. 88–114.

¹¹ Vgl. ebd., S. 93.

¹² Vgl. ebd., S. 93–94.

¹³ Zit. n. ebd., S. 30.

¹⁴ Vgl. ebd., S. 124, 129.

und polizeiliche Sondererfassung vor der Europäischen Menschenrechtskommission und erklärte hierzu:

Wenn man die vorgelegten Aufrufe der deutschen Polizei liest, fühlt man sich in die Zeit des ‚Dritten Reiches‘ versetzt, und es fehlt in diesen Polizeipressemeldungen nur noch das Wort ‚Juden‘ – ansonsten entspricht die Diktion dieser Aufrufe genau der Nazizeit! Die Tragödie der Sinti und Roma spielte sich parallel zu der jüdischen Tragödie ab, sie waren der Ausrottung genauso preisgegeben, in Lager gesperrt, an ihren Kindern wurden Experimente in Auschwitz durchgeführt. Wir wissen, daß auf Grund der Behandlung, die den Sinti und Roma durch die Nazis zuteil wurde, eine halbe Million von ihnen umgebracht wurde. Die Abneigung gegen Sinti und Roma hat die Nazizeit überlebt.¹⁵

Wiesenthal machte hier zum einen auf die fortgesetzten Kriminalisierungspraktiken gegenüber Rom*nja und Sint*ezze aufmerksam, die für ihn in engem Zusammenhang mit der unzureichenden Aufarbeitung der NS-Ideologie stand. Zum anderen beharrte er auf der Anerkennung des Porajmos als Völkermord, der „parallel“ zur Shoah stattfand. Romani Rose dankte ihm rückblickend und würdigte sein Engagement wie folgt:

Wiesenthal gehörte zu den jüdischen Persönlichkeiten, die uneingeschränkt aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen mit dem „Dritten Reich“ Verantwortung für Minderheiten übernahmen und ihre Stimme mahnend und engagiert gegen jede Form des Rassismus erheben. Simon Wiesenthal sorgte maßgebend dafür, daß der Völkermord aus rassistischen

¹⁵ Zit. n. Rose: *Bürgerrechte für Sinti und Roma*, S. 160.

Gründen an den Sinti und Roma allmählich genauso ins Bewusstsein der internationalen Öffentlichkeit rückt wie der Holocaust am jüdischen Volk.¹⁶

2. SOLIDARISIERUNGSBEWEGUNGEN IN DEN BLEIBERECHTSKÄMPFEN

Ende der 1980er Jahre bildete sich eine ‚neue‘, von Rom-Organisationen getragene Bürgerrechtsbewegung, die sich in erster Linie für ein Bleiberecht der aus Osteuropa fliehenden und zuwandernden Rom*nja einsetzte. Eine wichtige Rolle hierbei spielten der Rom e. V. in Köln und die Rom & Cinti Union (RCU) in Hamburg, aus der später der europaweit agierende Roma National Congress (RNC) hervorging. In allen diesen Vereinen waren Rom*nja federführend, die bereits länger in Deutschland lebten.¹⁷ Während der Rom e. V. als interkultureller Verein konzipiert war, in dem Rom*nja und Mehrheitsangehörige zusammenarbeiteten, wurden in den Hamburger Organisationen nur in Ausnahmefällen Nicht-Rom*nja als Mitarbeiter*innen akzeptiert. Die RCU mit Rudko Kawczynski an der Spitze versuchte seit 1988, die konkret drohende Abschiebung der Familien Adzović und Bayramović nach Jugoslawien zu verhindern und führte zahlreiche öffentlichkeitswirksame Aktionen durch.

Die aus zwölf Personen bestehende Familie Adzović wurde erst von der RCU selbst versteckt und kam dann vom 8. Dezember 1988 bis 2. Januar 1989 in der Hamburger *Hafenstraße* unter.¹⁸ Zum Jahreswechsel gab Herr Adzović

¹⁶ Ebd., S. 2.

¹⁷ Zur Unterscheidung verschiedener Teilgruppen je nach Zeitpunkt und Kontext ihrer Einwanderung vgl. Elizabeta Jonuz: *Stigma Ethnizität. Wie zugewanderte Romafamilien der Ethnisierungsfalle begegnen*. Opladen/Farmington Hills: Budrich 2009, S. 12.

¹⁸ Vgl. Die Grünen im Kölner Rat/Kreisverband der Grünen Köln: *Kölner Solidaritätsresolution für die*

bekannt, dass seine Familie sich „missbraucht“ fühlte. Denn an einem Zaun vor ihrem Fenster waren Transparente aufgehängt worden, auf denen die Solidarität mit dem „palästinensischen Volksaufstand“ und ein Boykott Israels gefordert wurden. Herr Adzović bezeichnete diese als „anti-jüdische Banner“. Die RCU teilte der Presse mit, weil Herr Adzovićs Vater und zwei seiner Onkel „Seite an Seite mit Juden in Konzentrationslagern starben“, sei der Aufenthalt in der *Hafenstraße* für ihn und seine Familie nicht länger möglich.¹⁹ Schließlich hätte die Öffentlichkeit annehmen können, dass auch die Adzovićs hinter den auf den Transparenten verbreiteten Botschaften standen. Dies ist ein Beispiel dafür, wie Rom*nja aus dem Umfeld der RCU sich einer Instrumentalisierung durch die mehrheitsdeutsche Linke widersetzen und stattdessen mit Jüdinnen*Juden verbündeten.

Auch in umgekehrter Richtung fand eine Solidarisierung statt. Im Folgenden möchte ich auf die spezifische Rolle zweier jüdischer Aktivist*innen eingehen, welche aktiv an den Kämpfen der RCU teilnahmen. Michel R. Lang, Journalist und Mitglied der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, war um 1988/1989 Pressesprecher der RCU. Die von ihm verfassten Presseerklärungen enthalten oft persönliche Aussagen über seine Identität als Jude, der durch die Shoah zahlreiche Familienmitglieder verlor, und seine Verbundenheit mit Rom*nja und Sint*ezze. Er brachte seine Persönlichkeit und Biografie stark (zu

hungerstreikenden Roma in Hamburg, 03.03.1989. Archiv des Rom e. V. Köln, Hänge-Register. Mit *Hafenstraße* sind die besetzten Häuser in der Hafenstraße im Hamburger Stadtteil St. Pauli gemeint, die zeitweilig zu einem zentralen Schauplatz der linksautonomen Szene wurden.

19 Oliver Neß: Roma-Familie verlässt Hafenstraße. In: *die tageszeitung*, 02.01.1989, S. 17.

stark?) in seine Arbeit für die RCU ein und verlangte darüber hinaus von jüdischen Communities mehr Solidarität mit den Bleiberechtskämpfern der Rom*nja.²⁰ Als im Februar 1989 etwa zwanzig Aktivist*innen²¹ der RCU, darunter auch der Vater der Familie Adzović, einen Hungerstreik in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme durchführten, um für ein Niederlassungsrecht in der BRD zu kämpfen, nahm auch Lang für einige Tage daran teil.²²

Etwa zeitgleich wurde bundesweit über eine politische Aktion diskutiert, die in Köln stattgefunden hatte: Am 9. November 1988 hatten Aktivist*innen der Kölner Roma-Initiativen, der Vorläufergruppe des Rom e. V., eine Gedenkveranstaltung zur Pogromnacht in der Kölner Oper genutzt, um unaufgefordert das Podium zu betreten und an den Porajmos zu erinnern. Kurz nach diesem Vorfall sahen sich die Aktivist*innen scharfen Angriffen seitens der prominenten Feministin Alice Schwarzer ausgesetzt. Diese kritisierte das aus ihrer Sicht unverschämte Benehmen,

20 Vgl. Rom & Cinti Union/Michel R. Lang: Presseerklärung, 24.02.1989. In: Rom & Cinti Union e. V./Landesverband der Rom und Cinti Union NRW e. V. (Hrsg.): *Bleiberecht. November 1988 – November 1990. Chronologie – Dokumentation – Berichte*. Hamburg: Selbstverlag 1990, S. 33. Unklar bleibt, warum Lang den Posten des Pressesprechers der RCU im weiteren Verlauf des Jahres 1989 abgab. Sein komplexes Verhältnis zu den jüdischen Gemeinden und dem ZR der Juden hat er an anderer Stelle dargelegt. (Vgl. Michel R. Lang: *Fremd in einem fremden Land*. In: Ders./Henryk M. Broder (Hrsg.): *Fremd im eigenen Land. Juden in der Bundesrepublik*. Frankfurt am Main: Fischer 1987, S. 265–268.)

21 Ich verwende hier ausschließlich die männliche Form, da aus den Quellen keine Informationen darüber hervorgehen, dass sich auch Frauen direkt an Hungerstreiks wie diesem beteiligten, auch wenn davon auszugehen ist, dass ohne ihre Reproduktionsarbeit die Proteste der Männer nicht durchzuführen gewesen wären.

22 Vgl. Rom & Cinti Union/Yaron Matras: Presseerklärung, 03.03.1989. In: Rom & Cinti Union e. V./Landesverband der Rom und Cinti Union NRW e. V. (Hrsg.): *Bleiberecht*, S. 34–35.

die Feierstunde derart zu stören.²³ Vermutlich erwartete sie, dass Jüdinnen*Juden ihr Dankbarkeit erweisen würden. Doch nicht alle waren über Schwarzers ‚Unterstützung‘ erfreut, so z. B. Michel R. Lang. Er schrieb den folgenden Leserbrief an die *StadtRevue – Kölns Stadtillustrierte*:

Was in Gottes Namen treibt, befähigt oder veranlasst Alice Schwarzer, die neunschwänzige Katze der Selbstgerechten über Kurt Holl [ein an der Aktion beteiligter ‚Unterstützer‘, J. D.] knallen zu lassen? Wer hat sie gebeten, sich als cordon sanitaire zwischen uns Juden und unsere Roma-Freunde zu stellen? Ich für meine Person lehne es energisch ab, von solchen dubiosen Eiferern in Schutz genommen zu werden. Die Aktion der Kölner Roma war nicht nur gerechtfertigt, sondern dringend notwendig, weil der 9. November eben nicht nur für die Juden, sondern genauso für die Roma den Beginn des Churban einläutete. Meine Mutter saß mit Roma-Frauen im KZ Ravensbrück, mein Vater mit Manouches im KZ Drancy, meine Großeltern mit Gypsies in England. Das Roma-Volk verlor über eine halbe Million Menschen während des Nazi-Grauens, wir Juden haben DIE HEILIGE PFLICHT, uns für die Roma einzusetzen, wann und wo auch immer, wir sind nicht so zimperlich, dass wir es nicht ertragen können, wenn andere Menschen uns daran erinnern, dass wir nicht immer so solidarisch handeln, wie es von uns zu erwarten wäre ... Mit freundlichen Grüßen, Michel R. Lang, Mitgl. d. Jüd. Gemeinde.²⁴

²³ Vgl. Zentralrat: „... Ein zutiefst beschämender Vorfall“.

In: *StadtRevue – Kölns Stadtillustrierte* 2 (1989), S. 45.

²⁴ Michel R. Lang: „Cordon Sanitaire“. In: Ebd., S. 1.

Lang verwehrte sich gegen den ‚Schutz‘ durch Schwarzer und hob stattdessen Gemeinsamkeiten zwischen Rom*nja, Sint*ezze und Jüdinnen*Juden hervor – wie ihre ähnliche Verfolgungsgeschichte während der NS-Zeit. Vor diesem Hintergrund begrüßte er die Aktion in der Oper.²⁵

Einen anderen Weg wählte Yaron Matras, der 1983 aus Israel nach Deutschland gekommen war und zuerst in Tübingen, dann in Hamburg Linguistik studierte. Seit seiner Ankunft in Deutschland war er in der Flüchtlings- und Antirassismuarbeit engagiert. Seine Arbeit für die RCU begann, als er sich im Herbst 1988 an den Bleiberechtskämpfen der Rom*nja beteiligte. Im Januar 1994 wurde er darüber hinaus Redaktionsmitglied der *RomNews* beim RNC.²⁶ In keinem seiner veröffentlichten Texte bezeichnete er sich selbst als jüdisch; er erwähnte lediglich, dass ihn diese Zuschreibung traf.²⁷ Abgesehen von der Tatsache, aus Israel eingewandert zu sein, enthüllte

²⁵ Gleichzeitig gab es aber auch Kritik aus jüdischen Kreisen an dieser Aktion und v. a. am Verhalten der daran beteiligten mehrheitsdeutschen Unterstützer*innen. So schrieb z. B. die Schriftstellerin Erica Fischer: „Mit Rufen wie ‚Aufhören, die Juden sind tot, aber die Roma leben‘ wurde 1989 im Kölner Schauspielhaus eine Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht von deutschen UnterstützerInnen im Namen der um ihr Bleiberecht ringenden Roma gestört. Und ein Jahr darauf kam ein Roma-Unterstützer auf die famose Idee, die Kölner Synagoge besetzen zu wollen.“ (Erica Fischer: Zum ersten Mal öffentlich ‚Ich bin Jüdin‘ sagen. In: Jessica Jacoby/ Claudia Schoppmann/ Wendy Zena-Henry (Hrsg.): *Nach der Shoa geboren. Jüdische Frauen in Deutschland*. Berlin: Elefanten 1994, S. 135–147, hier S. 144.)

²⁶ Vgl. „Standardisierung? – Interview mit Yaron Matras. In: *Jekh Čhib. Mit einer Zunge reden. Materialien zur Situation der Roma und der BRD* 3 (1994): Von der Randgruppe zum europäischen Volk. Die Renaissance des Romanes, S. 19.

²⁷ Vgl. Yaron Matras: Die Roma-Bewegung im Interessenkonflikt mit ihren „Helfern“. In: Rom & Cinti Union e. V./ Landesverband der Rom und Cinti Union NRW e. V. (Hrsg.): *Bleiberecht*, S. 253–258, hier S. 257.

er keine weiteren Informationen über seine eigene Biografie oder seinen Hintergrund, weshalb auch die von mir vorgenommene Zuordnung problematisch sein könnte. Seine Arbeit für die RCU und später den RNC war aber kontinuierlich und dauerte an, bis er Deutschland 1995 wieder verließ.²⁸ Auch später blieb er den Kämpfen der Sint*ezze und Rom*nja im deutschen Kontext solidarisch verbunden, was sich an seinen wissenschaftlichen Veröffentlichungen ablesen lässt.²⁹

3. ALLIANZEN IM FEMINISTISCHEN KONTEXT

Seit 1990 organisierten „Immigrantinnen, Schwarze deutsche, jüdische und im Exil lebende Frauen“ gemeinsame Konferenzen, um sich in Abwesenheit mehrheitsdeutscher Frauen* über ihre Unterschiede und Gemeinsamkeiten auszutauschen.³⁰ An den ersten drei dieser Tagungen waren Romnja* und Sintezze* nicht beteiligt. Erst im Oktober 1995 in Hamburg stießen einige feministisch aktive Romnja* des Rom e. V. Köln zum vierten Kongress hinzu.³¹ Damit schlossen sie sich zu einem Zeitpunkt den feministischen Bündiskonferenzen an, als

diese zunehmend akademischer wurden und ihren Selbstorganisations-Charakter verloren. Insofern war der Höhepunkt dieser Form der Bündnispolitik bereits überschritten.³² Zwar wurden bei einem weiteren Kongress im Oktober 1996 in Bremen und Worpswede erstmals auch „Sinti- und Romafrauen“ im Tagungstitel aufgeführt. Allerdings gibt der Titel nicht unbedingt über die tatsächliche Beteiligung dieser Gruppen Auskunft. So ist der Beitrag von Romnja* und Sintezze* ebenso wie Jüdinnen* aus der Dokumentation nicht erkennbar.³³

Die Ursache für dieses ‚späte‘ Erscheinen auf der Bildfläche der Bündiskonferenzen liegt darin, dass die Kölner Romnja* um 1994 gerade erst begonnen hatten, ihre politischen Aktivitäten explizit in einen feministischen Kontext zu stellen. Fatima Hartmann, Mitbegründerin und langjährige Vorsitzende des Rom e. V., spielte eine wichtige Rolle hierbei. Inspiriert durch den Austausch mit Romnja* aus anderen europäischen Ländern³⁴, gaben sie und ihre Mitstreiterinnen* zwei ‚Frauenausgaben‘ der Zeitschrift *Jekh Čhib* heraus. Darüber kamen sie in Kontakt mit anderen feministischen Migrantinnen* in Köln. Im März 1996 schließlich organisierten die Kölner Aktivistinnen* einen bundesweiten Romafrauen-Kongress, im Zuge dessen der

28 Vgl. University of Manchester: Prof. Yaron Matras. In: *Manchester University Online*: [https://www.research.manchester.ac.uk/portal/en/researchers/yaron-matras\(c951a0f4-1162-414c-a7ee-5d5f9fd605b1\).html](https://www.research.manchester.ac.uk/portal/en/researchers/yaron-matras(c951a0f4-1162-414c-a7ee-5d5f9fd605b1).html) (Zugriff am 11.10.2017).

29 Vgl. Yaron Matras: *The Development of the Romani Civil Rights Movement in Germany 1945–1996*. In: Susan Tebutt (Hrsg.): *Sinti and Roma. Gypsies in German-Speaking Society and Literature*. New York/Oxford: Berghahn 1998, S. 49–63.

30 Vgl. May Ayim/Nivedita Prasad (Hrsg.): *Wege zu Bündnissen. Dokumentation. Tagung von/für ethnische und afrodeutsche Minderheiten, Bremen, 08.–10.06.1990. Zweiter bundesweiter Kongress von und für Immigrantinnen, Schwarze deutsche, jüdische und im Exil lebende Frauen, Berlin, 03.–06.10.1991*. Berlin: AStA-Druckerei der Freien Universität Berlin 1992.

31 Vgl. Editorial. In: *Jekh Čhib* 5 (1995): Roma-Frauen in Bewegung. Bilder brechen auf. Politik – Alltag – Kunst, S. ii.

32 Vgl. Dean: *Verzwickte Verbindungen*, S. 119.

33 Vgl. Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): *Dokumentation. 4. bundesweiter Kongress von und für Schwarze Frauen, Migrantinnen, Sinti- und Romafrauen, Jüdinnen und im Exil lebende Frauen. 3.–6. Oktober 1996 in Bremen und Worpswede*. Bremen: Selbstverlag 1997.

34 So z. B. auf der europaweiten Tagung im spanischen Sevilla im Mai 1994. (Vgl. Editorial. In: *Jekh Čhib* 4 (1995): *Das Vergangene ist nicht vergangen. Roma- und Sinti-Frauen. Verfolgung – Widerstand – Überlebensstrategien*, S. ii.)

erste Frauenverband für „Roma- und Sintifrauen, Romnja und Sintezze“ in der BRD gegründet wurde.³⁵

Ganz zentral ist, dass die Aktivistinnen* bestehende feministische Diskurse nicht einfach kopierten, sondern eine eigene Version des Feminismus bzw. der Emanzipation entwickelten.³⁶ Hierbei waren ihre Kontakte zu der Schriftstellerin und Auschwitz-Überlebenden Ceija Stojka aus Wien sowie zu der Filmemacherin Melanie Spitta von großer Bedeutung. Beide hatten als Angehörige älterer Generationen eine gewisse Vorbildfunktion für die jüngeren Frauen*.³⁷ Im Rahmen eines Interviews erinnerte sich Stojka an das Verhältnis zwischen Romnja*, Sintezze* und Jüdinnen* in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern:

Wir waren bereit zu jeder Kleinigkeit, wenn wir helfen konnten und umgekehrt auch. Also, die Jüdinnen, wenn sie ein Stück Brot gehabt haben, haben sie es uns gegeben. [...] So war es bei uns auch. Wir haben da drinnen zusammengehalten, egal welcher oder von wo er war oder wer er war. [...] man hat nie gefragt: „Bist du Jüdin, bist du das, was bist du?“ Das hat es einfach nicht gegeben. Für uns war es ein Mensch.³⁸

35 Vgl. Claudia Freytag: Roma- und Sintifrauen gründeten Verband. Auf einer Tagung Geschichte und Probleme besprochen – Sie sehen sich nicht mehr als Opfer. In: *Kölner Stadtanzeiger*, 25.03.1996. Archiv des Rom e. V. Köln, Hänge-Register.

36 Vgl. Wir waren eine lästige Gesellschaft – Interview von Karola Fings und Elli Jonuz mit Ceija Stojka. In: *Jekh Čhib* 5 (1995), S. 10.

37 Vgl. Zu diesem und dem nächsten Heft. In: *Jekh Čhib* 4 (1995), S. 8.

38 Ich atme es ein und aus – Interview von Karola Fings und Elli Jonuz mit Ceija Stojka. In: *Jekh Čhib* 4 (1995), S. 36.

Erinnerungen sind bekanntlich keine Tatsachenberichte, sondern konstruieren das Geschehene rückblickend in einer Weise, die für die Erzählenden einen Sinn ergeben. Stojka zeichnete hier ein Bild des Lebens im Lager, das von Zusammenhalt und Solidarität gekennzeichnet war. Auf Momente der Konkurrenz, von denen andere Überlebende berichtet haben, kam es ihr in der damaligen Erzählsituation nicht an. Sie wollte vielmehr die geteilte Lebensrealität und Lagererfahrung von Jüdinnen*, Romnja* und Sintezze* betonen, die wichtiger waren als die individuelle Zugehörigkeit zu einer dieser Communities.

FAZIT Es ist deutlich geworden, dass es zahlreiche Beispiele gibt, die von gegenseitiger oder einseitiger Solidarität und Unterstützung, kurzzeitigen Kooperationen oder längerfristigen Allianzen erzählen. Abschließend möchte ich auf die Frage zurückkommen, wie die jeweiligen Communities mit der ‚Konkurrenzsituation‘ umgingen. Diese ist nicht leicht zu beantworten, da zwischen Solidaritätsbekundungen und eher konkurrierenden Bezugnahmen aufeinander ein schmaler Grat verläuft. Sicherlich suchten Rom*nja und Sint*ezze in manchen Fällen auch deshalb nach Kooperationsmöglichkeiten mit Jüdinnen*Juden, weil sie die Hoffnung hatten, dadurch von der Aufmerksamkeit profitieren zu können, die diesen *als Kollektiv* zuteil wurde.³⁹ Freilich wurden ihre Ansprüche von

39 Diese Aufmerksamkeit muss im Kontext des Nachkriegs-Philosemitismus gesehen werden, der im Diskurs über „historische Verantwortung“ und „Wiedergutmachung“ eine Entlastungsfunktion erfüllt(e). (Vgl. Frank Stern: *Im Anfang war Auschwitz. Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg*. Gerlingen: Bleicher 1991, S. 353.)

jüdischer Seite manchmal als Relativierung des eigenen Leidens oder als Angriff auf die Singularität der Shoah verstanden.

Vergleiche mit jüdischen Communities erfüllen für Sint*ezze und Rom*nja, wie sich in der Einleitung schon zeigte, eine ganz bestimmte Funktion. Dies wird z. B. in der folgenden Analyse des RNC deutlich, die sich auf den staatlichen Umgang mit den Gewalttaten und Pogromen in Rostock sowie in vielen anderen west- und ostdeutschen Städten zu Beginn der 1990er Jahre bezog:

Das politische Handeln richtet sich allerdings nicht primär gegen diese Gewalt und den Rassismus in Deutschland, sondern gegen die Opfer und gipfelt in der Schlussfolgerung vieler deutscher Politiker, die Roma wären die eigentlich Verantwortlichen für die Fremdenfeindlichkeit in Deutschland. So ist die Konsequenz dieser verqueren Logik – Die Roma müssen raus, damit die guten Bürger nicht mehr rassistisch auffallen müssen. Deutschland ist ein fremdenfreundliches Land, solange keine Fremden da sind – Hätte es keine Juden in Deutschland gegeben, hätte es auch kein Auschwitz gegeben.⁴⁰

In aller Deutlichkeit legte der RNC hier dar, wohin diese Logik, die auch unter dem Stichwort *blaming the victim*⁴¹ bekannt ist, führen kann. Die Bezugnahme auf die Judenvernichtung in der NS-Zeit diente dazu, der Mehrheitsgesellschaft einen Spiegel

vorzuhalten und vor Augen zu führen, dass sie mit zweierlei Maß misst: Die gleiche Argumentation, die in Bezug auf Juden*Jüdinnen und die Shoah als undenkbar galt, erschien jedoch logisch und selbstverständlich, als es um aktuelle Ausprägungen des Rassismus gegen Rom*nja ging.⁴² Vergleiche mit Jüdinnen*Juden sind also nicht unbedingt Ausdruck einer ‚Opferkonkurrenz‘ oder Relativierung, sondern enthalten eine wichtige Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse. Sie verweisen auf den unterschiedlichen Umgang des Staates mit diesen Communities und bilden die Grundlage für die Strategie, eine Gleichstellung einzufordern. Sie richten außerdem den Blick auf die fehlende Aufarbeitung der Shoah und des Porajmos sowie die Nichtwahrnehmung historischer Verbindungen.

⁴⁰ Roma National Congress (Hrsg.): *Roma und Deutschland. Situation der Roma in Europa und Deutschland seit der Wiedervereinigung. Eine Dokumentation*. Hamburg: Selbstverlag 1993, S. 19.

⁴¹ Dieses psychologische Muster zur subjektiven Deutung gesellschaftlicher Ungleichheits- und Diskriminierungsverhältnisse wurde von der US-amerikanischen Sozialpsychologie untersucht und ist im Deutschen eher als *Täter-Opfer-Umkehr* bekannt.

⁴² Ähnliche Strategien zur Skandalisierung rassistischer Verhältnisse wurden auch in Communities aus der Türkei angewandt. (Vgl. Gökçe Yurdakul: *Juden und Türken in Deutschland. Integration von Immigranten, Politische Repräsentation und Minderheitenrechte*. In: Dies./Y. Michal Bodemann (Hrsg.): *Staatsbürgerschaft, Migration und Minderheiten. Inklusion und Ausgrenzungsstrategien im Vergleich*. Wiesbaden: VS 2010, S. 127–159, hier S. 132.)